

Transformation in Krisenzeiten

Wie die Ressourcenwende
trotz Energiekrise gelingen kann.

Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

»Zeitenwende«: Backlash für die Dekarbonisierung?

Die Ressourcenwende und die Dekarbonisierung sind elementare Bestandteile zur Erreichung der Klimaschutzziele. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Treibhausgasneutralität 2045 gibt es zugleich wenig rechtlichen Spielraum, die Ambitionen zu einer nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft zurückzuschrauben.

Während bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die Nutzung fossiler Energieträger eine günstige Voraussetzung für die Schaffung des Wohlstands bildete, stellt ein solch tiefgreifender Wandel die Politik, Unternehmen und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Aber als wäre die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftssystems allein nicht schon schwierig genug, so hat der Russland-Ukraine-Krieg zu einer substanziellen Energiekrise geführt, die einen akuten Stresstest für die Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie bedeutet. Dabei steht zu vermuten, dass die finanziellen Folgen der Energiekrise sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftspolitisch gravierende Konsequenzen bedeuten können. Zum einen wird die Energiekrise nämlich die Wertschöpfung in Deutschland nachhaltig schädigen, zum anderen könnte der soziale Zusammenhalt des Landes geschmälert werden.

Um die akuten wirtschaftlichen Folgen abzumildern und den mit der Krise verbundenen gesellschaftlichen Spannungen entgegenzutreten, liegt der Fokus von Politik und Öffentlichkeit derzeit – berechtigterweise – auf dem Ziel, die Versorgung mit Wärme und Strom zu gewährleisten und deren Bezahlbarkeit zu sichern. Damit einher geht jedoch die Gefahr, dass der Transformationsprozess hin zur CO₂-Neutralität durch die Bekämpfung der Energiekrise gebremst oder sogar gestoppt wird.

Die entscheidende Frage ist somit, welche wirtschaftspolitischen Antworten wir geben können, um den Zielkonflikt zwischen kurzfristiger Versorgungssicherheit (und -bezahlbarkeit) und dem langfristigen Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage zu bewältigen. Aufgrund der Relevanz dieser Fragestellung möchte das Wirtschaftsforum der SPD e.V. einen Debattenbeitrag leisten und Wege aufzeigen, wie die Weiterverfolgung der Transformation unter den veränderten Rahmenbedingungen aussehen könnte.

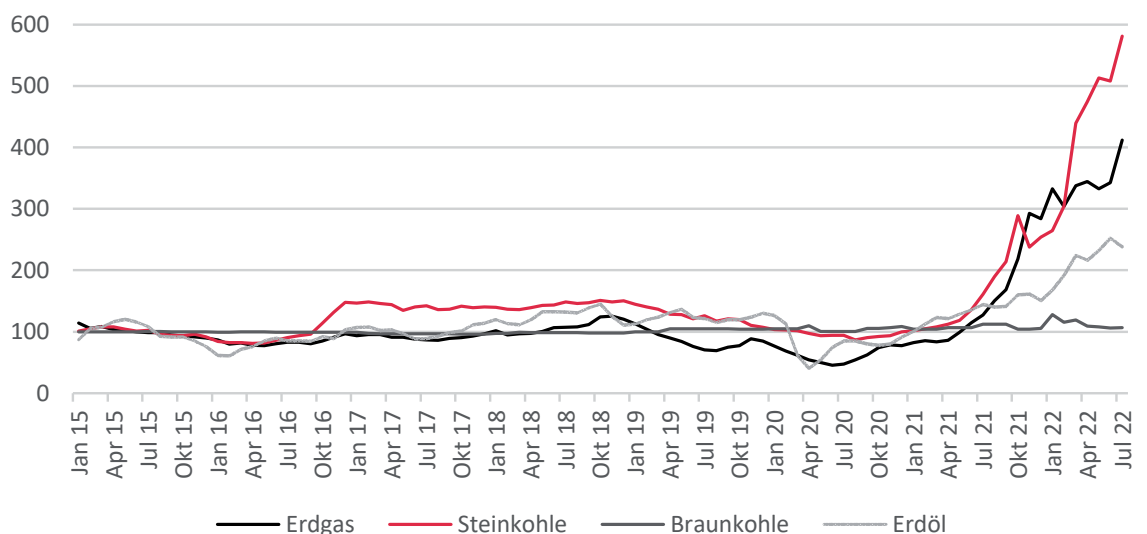
»Kurs halten«: Energiewende bleibt alternativlos

Der Koalitionsvertrag hält das ambitionierteste Klimaprogramm der Geschichte der Bundesrepublik bereit. Bevor die neue Bundesregierung allerdings ihre Arbeit so richtig aufnehmen konnte, hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine einen Paradigmenwechsel in der energiepolitischen Strategie hervorgerufen, die Gas vor allem als Übergangstechnologie festhielt. Die im europäischen Verbund abgestimmten Sanktionen beinhalten einen möglichst schnellen Ausstieg aus russischer Energie, der jedoch zu hohen Verwerfungen auf den Energiemärkten führte. Reale Knappheiten und Spekulationen mit Rohstoffen sorgten für eine hohe Volatilität der Energiepreise bei einem insgesamt starken Anstieg des Preisniveaus. Verstärkt wurde der Preisauftrieb durch weitere externe Faktoren, wie beispielsweise den Brand des Freeport LNG Ex-

portterminals in Texas, der die Menge an weltweit verfügbarem LNG weiter einschränkte, oder der großen Dürre, die in Europa und in China die Binnenschifffahrt und die Wassernutzung massiv beeinträchtigte. Letzteres erschwerte die Verwertung alternativer Energieträger, wie Öl, Kohle oder Atom.

Der Preisanstieg diverser Energieträger wird beim Blick auf die nachstehende Abbildung erkennbar. Sie zeigt den Einfuhrpreisindex von Erdgas, Braun- und Steinkohle, sowie Erdöl. Es ist unschwer zu erkennen, dass der Preisschock, der im Jahr 2021 einsetzte, alles zuvor dagewesene in den Schatten stellt. Aufgrund der Explosion der Preise funktionieren zudem gewöhnliche Anpassungsprozesse nicht mehr, wie sie beispielsweise für den CO₂-Preis eingeplant waren.

Index der Einfuhrpreise (2015 = 100)



Quelle: Destatis

Da die Nachfrage nach Energie im Grundverbrauch höchst unelastisch ist, werden sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen einen hohen Anteil ihrer Einnahmen oder Ersparnisse für Energie ausgeben. Das wird die Nachfrage in anderen Sektoren schwächen, was wiederum große wirtschaftliche Folgen haben wird, sofern die Politik nicht kurzfristig entschlossen eingreift.

Transformationsdruck der Energiekrise kanalisieren

Auf Seite der Unternehmen haben die Energiepreise die Produktionskosten bereits in die Höhe schnellen lassen. Vor allem der Mittelstand sieht sich mit ernsthaften Liquiditätseingüssen und zum Teil existenzbedrohenden Mehrbelastungen konfrontiert. Da eine Entspannung auf den Energiemärkten kurzfristig nicht abzusehen ist, birgt das die Gefahr einer hohen Insolvenzwelle, zumal einige Sektoren bereits in der Coronakrise an ihre Substanz gehen mussten. Aber aus einer Phase der Deindustrialisierung heraus die Aufrechterhaltung von wirtschaftlicher Prosperität zu sichern, ist – historisch betrachtet – mit enormen Hürden verbunden. So darf die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung der Wirtschaftsstruktur infolge eines akuten Schocks nicht unterschätzt werden.

Aus diesem Grund gilt es, alles daran zu setzen, dass der Staat kurzfristig effektive Maßnahmen ergreift, um eine Deindustrialisierung zu verhindern. Was jetzt gebraucht wird, ist eine Transformation der Industrie und kein Verschwinden. Aktives und entschlossenes Eingreifen sind daher kurzfristig sine qua non, um die Erfolgsaussichten der langfristigen Transformationsinvestitionen und die Wertschöpfung im Land zu erhalten.

Die erste wesentliche Botschaft lautet somit: Um die langfristigen Ziele der Transformation nicht zu gefährden, sind kurzfristige, entschlossene Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung und Wertschöpfung unabdingbar. Scheitert die Politik an dieser Aufgabe, wird es ungleich schwieriger, wieder auf den Kurs der Nachhaltigkeit zu kommen. Ein »too little, too late«, wie zu Zeiten der Finanz- oder Eurokrise, können wir uns nicht leisten.

Dekarbonisierung: Alle technologischen Potenziale heben

Den Kurs der nachhaltigen Transformation, den die Ampelkoalition mit dem Koalitionsvertrag eingeschlagen hat, gilt es dabei konsequent weiter zu verfolgen. Wenngleich kurzfristig ein Zurückgreifen auf fossile Energieträger alternativlos erscheint, um Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit abzuwenden, so muss es die oberste Prämisse sein, gleichzeitig den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch energischer voranzutreiben. Dies wird einerseits die geopolitische Souveränität des Wirtschaftsstandorts stärken, andererseits zum Erhalt einer intakten Umwelt beitragen. In dem Sinne lautet die Devise »Kurs halten«, trotz kurzfristig anspruchsvoller Manöver des Krisenmanagements. Der russische Angriffskrieg hat den Kurs nämlich nicht infrage gestellt, sondern den Transformationsdruck vielmehr verstärkt.

Der Kurs des Ausbaus der Erneuerbaren muss dabei in den Kontext einer größeren, industriepolitischen Agenda eingebettet werden. Hier gilt es zum einen, den Ausbau durch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu stärken, die zu einem »crowding-in« des Privatsektors führen würden. Wie in früheren Phasen der industriellen Transformation sind staatliche Investitionen unter anderem in Infrastruktur, Forschung, Bildung und Entwicklung die Grundvoraussetzung für die Diffusion innovativer Technologien. Das übergeordnete Ziel der Treibhausgasneutralität macht dabei erforderlich, ein praxisorientiertes Maß an Technologieoffenheit zu wahren. Eine »all electric«-Strategie und die Blockade zukunftsversprechender, klimaneutraler Energieträger sind wenig zielführend. Beispielhaft genannt sei hier nur die vorgesehene eigentümerrechtliche Entflechtung (»Ownership-Unbundling«), welche im Entwurf für ein novelliertes EU Gas Package vom Dezember 2021 verankert ist und es den derzeitigen Betreibern von Gasnetzen untersagt, die bestehende Infrastruktur auf Wasserstoff umzustellen.

Strommarkt und Energieinfrastruktur zukunfts fest weiterentwickeln

Ein zweites Standbein muss die Erneuerung der Energieinfrastruktur und eine Reform des Strommarktdesigns bilden. Kohlekraftstandorte, die traditionell in Regionen verankert sind, die stark vom Transformationsdruck betroffen sind, müssen weiterentwickelt werden. Kohlekraftwerke könnten in einem ersten Schritt zu dekarbonisierten Erzeugungsanlagen umgerüstet werden, die beispielsweise mit Biogas oder Biomasse betrieben werden, um in einem zweiten Schritt zu Energiehubs ausgebaut zu werden, die mit Strom, Gas (z.B. Wasserstoff) und Wärme arbeiten. Hier sei kritisch angemerkt, dass die Nutzung von Biomasse lediglich einen Beitrag zur gesicherten Leistung beitragen kann, aber der Einsatz nachhaltiger Biomasse begrenzt ist. In zahlreichen deutschen Kohlestandorten findet sich ein hohes Potential für Sektorkopplung, Energiespeicherung, für steuerbare und dekarbonisierte Erzeugung, eingebunden in einer idealen Infrastruktur.

Dies bedarf Änderungen des Strommarktdesigns, das derzeit aufgrund der hohen Gaspreise zu einer Strompreiskrise führt. Im Koalitionsvertrag ist die Erarbeitung eines neuen Strommarktdesigns vorgesehen. Nun muss dringend die Umsetzung eines Regelwerks erfolgen, das zum einen die Umrüstung fossiler Kraftwerke ermöglicht und zum anderen einen Anreiz für Investitionen darin bietet. Von besonderer Wichtigkeit ist die Entwicklung eines Designs, das steuerbare Erzeugungskapazitäten als Ergänzung zur volatilen Erzeugung aus PV und Wind ermöglicht, ohne Anreize zur Maximierung der Betriebsstunden zu setzen. Der Einsatz der Energieträger ist kostbar – und deshalb muss das Marktdesign den Wert der Flexibilität dieses Einsatzes würdigen. Ebenso muss es von europäischer Seite flankiert werden.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Erächtigung unserer Netzinfrastruktur und auch der Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsnetze sind aus Klimaschutz- und sicherheitspolitischen Erwägungen gleichermaßen alternativlos. Doch immer noch bilden Planungs- und Genehmigungsverfahren einen Bottleneck, um die Transformation hin zur Klimaneutralität in der Praxis umzusetzen. Ohne eine signifikante Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren werden die ambitionierten Zielmarken auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht zu erreichen sein. Zu oft können Investitionen nicht realisiert werden, weil die Genehmigungsverfahren nicht in der gebotenen Dringlichkeit bearbeitet werden können.

Die Bundesregierung hat hierzu bereits wichtige Weichen gestellt, beispielsweise indem sie artenschutzfachliche Prüfungen für Windenergieanlagen an Land vereinfachen möchte. Die Entscheidung, den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegenüber dem Artenschutz aufgrund des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit in der Schutzgüterabwägung bevorzugt zu behandeln, zeigt einen notwendigen Paradigmenwechsel an, der auf weitere Anwendungsfälle auszuweiten ist. Das Beispiel der LNG-Terminals im Norden Deutschlands zeigt, dass Genehmigungsverfahren in diesem Rational innerhalb wesentlich kürzerer Fristen als bislang gekannt durchgeführt werden können. Dabei ist gleichzeitig darauf zu achten, Beteiligungsrechte von Interessensgruppen nicht in ihrer Substanz zu schmälern, sondern viel mehr auf eine frühzeitige Einbindung zu setzen.

Regulierungsrahmen stärker auf unternehmerische Praxis beziehen

Über die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Infrastruktur- und Energievorhaben hinaus braucht es einen grundlegenden Wandel im Verständnis von bürokratischer Regulierung. Die jetzige Krisenlage wirft ein empfindliches Schlaglicht auf die generelle Komplexität von Normen und Ausführungsbestimmungen, die sich mitunter nicht nur von der unternehmerischen Praxis entfernt haben, sondern den Vollzug für Wirtschaft und Verwaltung gleichermaßen erschweren. Um aber wirtschaftliches Wachstum in der derzeitigen Lage zu stützen und die Bemühungen der langfristigen Transformation zu beschleunigen, sind signifikante Fortschritte beim Abbau von Bürokratie und Regulierungen notwendig.

Die altbekannten politischen Ziele des Bürokratieabbaus und der Normenkontrolle erfahren daher neue Dringlichkeit und brauchen eine stärkere Entschlossenheit seitens Politik und Verwaltung. Es ist anzuraten, diese Ziele sehr viel deutlicher als bisher messbaren Kriterien zu unterwerfen und den Erfolg des Bürokratieabbaus endlich anhand geeigneter Kontrollmechanismen zu überwachen. Insgesamt scheint ein neues Denken erforderlich, dass sich aus der Notwendigkeit der ökologischen Transformation heraus wieder stärker auf die unternehmerische Praxis fokussiert. Der gegenwärtigen Lähmung von Genehmigungsprozessen beispielsweise aufgrund von unübersehbaren Risiken für einzelne Beschäftigte in Genehmigungsbehörden muss durch zielgenaue Vereinfachungen der Rechtsvorschriften begegnet werden. Ein schlankerer Regulierungsrahmen ist die Voraussetzung dafür, wirtschaftliche Prosperität in der akuten Krisensituation zu fördern als auch den langfristi-

gen Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft zum Erfolg zu führen. Maximale Effizienz und Effektivität müssen daher zur Benchmark sowohl für sämtliche Infrastrukturprojekte als auch für Genehmigungsverfahren für Industrie und Mittelstand werden, die die Ressourcen- und Energiewende beschleunigen und die wirtschaftliche Resilienz stärken können.

Neben der verstärkten Nutzung digitaler Technologien sind hierfür vor allem adäquat ausgestattete Behörden essenziell. Es muss sichergestellt sein, dass die genehmigenden Stellen und gerichtlichen Instanzen die ihnen übertragenen Aufgaben innerhalb angemessener Fristen bearbeiten können und dafür die notwendigen Kapazitäten vorhanden sind. Auch Instrumente wie der Einsatz von privaten Projektmanagementteams oder die Schaffung eines zentralen Fachexpertisepools sollten erwogen werden. Schließlich sollten mehrere Verfahrensschritte auf einer Entscheidungsebene gebündelt, anstatt parallel bei Bund, Länder und Kommunen angelegt werden. Insbesondere für den deutschen Mittelstand wäre eine Vereinfachung des Regelwerks ein großer Gewinn, denn mittelständische Unternehmen haben oft nicht die Ressourcen, um mit der Compliance und der Komplexität der Regulatorik effizient umzugehen.

Resilienz internationaler Lieferketten stärken

Neben der Energieknappheit belasten derzeit vor allem gebrochene Lieferketten das Geschäft vieler Unternehmen. Aufgrund der Coronapandemie kam und kommt es weltweit zur Schließung von Häfen und Werkshallen, was die sonst effizient funktionierende Struktur der globalen Lieferketten teilweise massiv beeinträchtigt hat. Insbesondere die in China verfolgte sogenannte »Null-Covid-Politik« führt in dem Zusammenhang immer wieder zu neuen Blockaden und Störungen. Sobald Inputgüter fehlen, die nur einen Bruchteil der Wertschöpfung ausmachen, legt dies zum Teil ganze Produktionszweige lahm. Ähnliche Effekte sind aufgrund der geopolitischen Spannungen zwischen China und Taiwan insbesondere in der Halbleiterindustrie zu beobachten. Auch die Versorgung zum Beispiel mit Rohstoffen für die Batterieproduktion ist hierbei einem strategischen Risiko ausgesetzt.

Um die global verflochtene Wirtschaft resilienter zu machen, müssen Lieferketten umstrukturiert werden. Bestimmte strategisch wichtige Güter sollten regional produziert werden, um die Verfügbarkeit und Sicherheit in der Zulieferung zu gewährleisten. Das stellt keine Abkehr von der Globalisierung dar. Bereits heute findet nämlich ein übergroßer Anteil des Welthandels innerhalb der Regionen statt. Der negative Einfluss des Faktors »Distanz« auf den Handel ist seit jeher unter dem Phänomen des Distance-of-Trade Effekts bekannt: Verdoppelt man die Distanz, so halbiert sich das Handelsvolumen. Dieser Effekt zeigt sich trotz des Fortschrittes der Transportwege und der Digitalisierung recht konstant. Es geht somit nicht um eine Umkehr eines globalen Marktes, sondern um die konsequente Weiterverfolgung ohnehin existierender Tendenzen.

Zugleich muss die Politik dafür sorgen, dass die multilateralen Beziehungen wiederhergestellt werden. Eine strategische Umstrukturierung der Lieferketten muss mit einer neuen Form der Globalisierung einhergehen, die allen beteiligten Partnern Vorteile bringt. In der Vergangenheit führten große Ungleichgewichte im Handel sowie zunehmend divergente geopolitische Interessen zu wirtschaftlichen Verwerfungen und Spannungen der internationalen Handelsordnung. Insbesondere in Zeiten der Krise ist es wichtig, dass die internationale Gemeinschaft ein starkes Signal der Zusammenarbeit sendet – denn wie wichtig ein funktionierendes, multilaterales Handelssystem ist, hat sich während der Finanzkrise 2008 gezeigt. Anders als es noch während der 1930er Jahre der Fall war, als Protektionismus und Nationalismus den wirtschaftlichen Abschwung verstärkten, leistete das internationale Handelsregime nach 2008 einen Beitrag dazu, dass die Weltwirtschaft sich rasch erholte. Heute müssen wir mehr denn je versuchen, den Multilateralismus zu stärken.

Kreislaufwirtschaft ist die zentrale Grundlage nachhaltigen Wirtschaftens

Bei all den notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der industriellen Wertschöpfung und Transformation der Energiewirtschaft darf nicht vergessen werden, dass ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell zwingend auf einem System der Kreislaufwirtschaft aufbaut, in dem die gebrauchten Wertstoffe wieder als Rohstoffe verwendet werden. Den »Earth-Overshoot-Day« begingen wir in diesem Jahr bereits im Mai, sodass der beängstigende Zeitraum, in dem die Erde ihre Rohstoffe rechnerisch wieder erneuern kann, immer mehr verkürzt wird. Der Rohstoffverbrauch steigt an, anstatt zu sinken – und deshalb müssen wir ebenso wie bei der Energiewende mit allen Anstrengungen eine zirkuläre Wirtschaft vorantreiben. Die Energiewende selbst wiederum kann durch eine verbesserte Zirkularität der Wirtschaft beschleunigt werden, denn der Energieaufwand zur Herstellung bestimmter Materialien kann durch die Wiederverwertung von Sekundärstoffen drastisch gesenkt werden. Wenn Aluminium beispielsweise aus Schrott und nicht aus Rohmaterial gewonnen wird, so wird der Energieaufwand um 96 Prozent reduziert. Begreift man Rohstoff- und Energiewirtschaft als die beiden Standbeine einer nachhaltigen Wirtschaft, so wird deutlich, dass wir insgesamt von einer Ressourcenwende sprechen. Ohne die Vollendung der Kreislaufwirtschaft ist letztlich kein nachhaltiges Wirtschaftsmodell möglich.

Industriepolitische Dimension der Kreislaufwirtschaft stärken

Dazu muss die Kreislaufwirtschaft als industriepolitisches Thema begriffen werden, welches ein enormes Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial hat. Das gilt umso mehr, da die derzeitige Krisensituation mit ihren Implikationen für die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie zu einer vermeintlichen Neuordnung der wirtschaftspolitischen Prioritäten führt. Klar ist: Die ganzheitliche Einführung eines zirkulären Wirtschaftssystems ist eine enorme Chance und sollte daher als strategisches Industriethema begriffen werden. Während Kreislaufwirtschaft in der Vergangenheit oft auf Fragen der Entsorgungs- und Abfallwirtschaft reduziert wurde, erfordert die ökologische Transformation einen Paradigmenwechsel: Ein produktionsintensives Land wie Deutschland ist auf eine zuverlässige Rohstoffversorgung angewiesen und muss Kreislaufwirtschaft auf die gesamte Produktionskette ausrichten. Das bedeutet auch, dass Abfallverwertung und Recycling nicht länger eine Nischenbranche sein können, sondern in erheblichem Maße skaliert und industrialisiert werden müssen

Sehr viel stärker als bisher muss daher die Vollen-
dung der Kreislaufwirtschaft als wirtschaftspoli-
tische Notwendigkeit gesehen werden. Klima-
neutralität und wirtschaftliche Prosperität werden
nur in Einklang zu bringen sein, wenn industrielle
Prozesse insgesamt zirkulär ausgerichtet sind.
Diese Prioritätensetzung muss sich auch in der po-
litischen Zuständigkeit niederschlagen und sollte
daher im Verantwortungsbereich des Bundesmi-
nisteriums für Wirtschaft und Klimaschutz ange-
siedelt sein. Somit würde die industriepolitische
Bedeutung der Kreislaufwirtschaft stärker deut-
lich.

Die Ressourcenwende wird darüber hinaus nur
erfolgreich sein, wenn sie auf breite, gesellschaft-
liche Akzeptanz stößt. Um dies zu erreichen, brau-
chen wir fünf Schritte, die wir gehen müssen.

Nationales und europäisches Handeln in Einklang bringen

Zuerst muss Deutschland die politischen Maß-
nahmen beim Aufbau der Kreislaufwirtschaft in
Europa aktiv unterstützen: Der Circular Action
Plan (CEAP) von 2020 muss dazu mit einem eigenen
nationalen Aktionsprogramm flankiert werden,
damit Deutschland eine echte Führungsrolle in der
Kreislaufwirtschaft einnehmen kann. Während
die deutsche Bundesregierung noch vor einigen
Jahren stets Vorreiter bei der Einführung neuer
Standards gewesen ist, haben die Ambitionen zur
Vollendung der zirkulären Wirtschaft zuletzt leider
nachgelassen. Auch, wenn das Bestreben um einen
möglichst hohen europäischen Konsens durchaus
zu begrüßen ist, dürfen damit die notwendigen
Ziele nicht konterkariert werden. Der Green Deal
und der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft schaffen
die Basis für die Klimaneutralität der EU bis 2050
und setzen mit einem zentralen Fokus auf die Cir-
cular Economy das richtige Signal zum Aufbruch
in eine nachhaltigere Wirtschaftsstruktur. Die
Bundesregierung soll nachhaltige Investments
in zirkuläres Design und die Entwicklung von zir-
kulären Produkten und Wertschöpfungsketten
mit einem Aktionsprogramm, das auch den For-
schungsbereich umfasst, unterstützen. Die In-
dustrie muss in diesem Transformationsprozess
mit wettbewerbsfähigen Energie- und Rohstoff-
preisen kalkulieren können. Dazu wird dringend
eine Förderpolitik benötigt, die Transformations-
schübe hin zur Circular Economy unterstützt und
zugleich vereinfacht wird, denn oft mündet die Ab-
stimmung zwischen Ländern, Bund und der EU in
hoher Frustration.

Produktdesign als Hebel nutzen

Zweitens, da das Produktdesign »Anker« und »Basis« der Circular Economy ist, wird die produktspezifische Berücksichtigung von Kriterien des »Design for Circularity« wie z. B. Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparaturfähigkeit, Recyclingfähigkeit etc. im Rahmen der nachhaltigen Produkt- und Stoffpolitik der EU benötigt. Dazu bedarf es im EU-Binnenmarkt einheitlicher Regeln und vor allem eines einheitlichen Vollzugs, bei dem es auch in Deutschland noch erhebliche Defizite gibt. Nur so wird es möglich sein, dass diese Kriterien bei einer Vielzahl von Produkten wirksam werden. Für Produktgruppen, die auch künftig nicht in den Anwendungsbereich der Ökodesign-Richtlinie fallen, müssen spezifische Regelwerke im Hinblick auf deren nachhaltiges Produktdesign genutzt bzw. geschaffen werden (z. B. Regelwerke für Verpackungen im Sinne der EU-Verpackungsrichtlinie). So stellen heute beispielsweise Bestandteile in Verpackungskunststoffen, die im Aufbereitungsprozess die Qualität des Produkts mindern, eine große Herausforderung für das Gelingen eines hochwertigen Recyclings dar.

Drittens müssen wir das Konzept des »renewable carbon« umsetzen und klimaschädliche CO₂-Emissionen reduzieren. Das bedeutet: Kreisläufe schließen, Verbrennung reduzieren, Rohstoffunabhängigkeit Europas durch Ausbau der zirkulären Wirtschaft ausbauen. Die Sammlungs- und Behandlungsinfrastruktur muss mit Priorität weiterentwickelt werden, weil sie die für die zirkuläre Wirtschaft erforderlichen Rohstoffe bereitstellt. Die Entwicklung einer effizienten Sammelinfrastruktur muss mit einer verbesserten Erfassung einhergehen, um darauf aufbauend die aufbereiteten Rohstoffe der Industrie zur Verfügung zu stellen. Es ist sinnvoll, die relevanten Stoffströme, etwa gesammelte Verpackungskunststoffe (auch Elektroschrott) in Europa zu halten, auch um Investitionen, Innovationen und Beschäftigung zu fördern. Vereinfachte Verbringungsverfahren im europäischen Binnenmarkt (»Schengen für Sekundär- und Recyclingrohstoffe«) sowie ein wirksames digitales europäisches Überwachungssystem (»track and trace«) sind Voraussetzungen für den Aufbau einer europäischen und leistungsfähigen Kreislaufwirtschaft mit hohen Umwelt- und Hygienestandards.

Ordnungspolitischen Rahmen setzen

Viertens, um Planungssicherheit für Investitionen zu gewährleisten und für einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, muss der Gesetzgeber ein level playing field schaffen. Erweiterte Produktverantwortung, Quoten und ökonomische Anreize sind wichtige Treiber für die Entstehung von Wettbewerbsgleichheit. Zur Kommunikation, zur Förderung von Transparenz und zur Unterstützung der nachhaltigen Beschaffung sind klare und eindeutige Recycling- und Nachhaltigkeitslabel unerlässlich. Insbesondere müssen die Quellen des Materials bzw. die Verfahren differenziert werden (privat / gewerblich / Produktion / mechanisch / chemisch). Normen und technische Spezifikationen spielen bei der Beschreibung der Anforderungen an Qualitäten und Materialeigenschaften eine große Bedeutung. Digitale Informationssysteme, wie z. B. der geplante digitale Produktpass der EU-Kommission für die Bereitstellung der erforderlichen Daten für geschlossene Produkt- und Materialkreisläufe, müssen gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt und entworfen werden. Die unterschiedlichen Rechtsregime, d.h. Chemikalien- und Produkt- sowie Abfallrecht, müssen kompatibel und zur Förderung des Einsatzes von sekundären Rohstoffen gestaltet werden.

Fünftens kann die öffentliche Beschaffung aufgrund des jährlichen Einkaufsvolumens der zirkulären Wirtschaft in Deutschland einen großen Schub geben. Allerdings braucht es hierfür einen Rahmen, der die entsprechenden Anreize setzt. Die im Jahr 2020 verabschiedete Novelle des § 45 Kreislaufwirtschaftsgesetz ist beispielsweise für die öffentliche Beschaffung nicht hinreichend konkret und praktikabel. Die Beschaffung sollte

dafür genutzt werden, dass die öffentliche Hand als Vorreiter dient und zielgerichtet Investitionen auslöst. Das Ziel eines nachhaltigeren öffentlichen Einkaufs wird oft nicht erreicht, weil bspw. Ausschreibungen so indifferent formuliert werden, dass etwa innovative Lösungen meist ausgeschlossen werden. Es besteht dringender Novellierungsbedarf.

Nationale Rohstoffstrategie weiterentwickeln

Insgesamt zeigt sich, dass der langfristige Umgang mit Ressourcen in einer ganzheitlichen, bundesweiten Rohstoffstrategie zusammengefasst werden sollte. Diese würde die vorgenannte Erkenntnis von Kreislaufwirtschaft in ihrer industriepolitischen Relevanz untermauern und verdeutlichen, dass die Frage nach dem Bezug und der (Wieder-) Verwertbarkeit von Rohstoffen politisch gesteuert wird. Eine nationale Rohstoffstrategie ist zudem im Interesse der Versorgungssicherheit unabdingbar und muss dazu führen, eindimensionale Abhängigkeiten zum Beispiel beim Bezug einzelner Rohstoffe zu verringern.

Nicht zuletzt wird im europäischen Vergleich deutlich, dass die Beschaffung von Rohstoffen mit strategisch herausragender Bedeutung eine politischen Flankierung verlangt und nicht den Eindruck einer opportunistischen Zufälligkeit erwecken sollte. Ein intensiviertes Monitoring trägt hierzu ebenso bei wie die Stärkung der Akzeptanz für die heimische Rohstoffgewinnung oder die Förderung von internationaler Rohstoffpolitik im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung.

Fazit – Gemeinsam die Ressourcenwende vorantreiben

Die aktuelle Krise macht es nötiger denn je, die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen. Allerdings machen der Krieg und die Unsicherheit den Vollzug der Energie- und Ressourcenwende nicht nur dringlicher, sondern auch schwieriger. Je turbulenter die Lage für die deutschen Unternehmen wird, desto unsicherer werden sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Aussichten.

Kurzfristig muss die Politik deshalb eingreifen, um Wertschöpfung und Produktionspotenzial nicht zu gefährden, die es dringend für die Transformation und deren Sozialverträglichkeit braucht. Langfristig muss die Bundesregierung den mit dem Koalitionsvertrag eingeschlagenen Kurs halten. Dabei gilt es, die Energie- und Rohstoffwende noch einen Schritt weiter zu denken: es braucht eine umfassende Ressourcenwende, die noch stärker als bisher zirkuläres Wirtschaften als notwendige Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell begreift. Eine Transformation des Energiesektors sowie die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft müssen die beiden Standbeine eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells werden.

Über sämtliche Themenfelder hinweg braucht es dafür eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine klare Kommunikation von Maßnahmen und Zielen, um Planungssicherheit für private Investitionen zu schaffen, und eine europäische Abstimmung der Vorhaben. Die größten Herausforderungen können die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nur in Kooperation meistern. Gerade in Krisenzeiten ist dieses Miteinander als Grundlage der Transformation von existenzieller Bedeutung.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg
unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der
SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer:
R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und
unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660

Fax +49 (0)30 400 40 666

E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de

Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

September 2022